

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

4/XXII/242

Bonn, den 20. Dezember 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>BRÜSSEL</u> Schatten über Europa	21
1	<u>Ein beachtlicher Erfolg</u> Wischnewski entrümpelt die Entwicklungshilfe	20
2 - 3	<u>Die Sicherheit in unserem Luftraum</u> Bessere Schutzmaßnahmen erforderlich Von Hans Iven, MdB	69
4	<u>Staatlich forciertes Piratentum</u> Skandinavischer Ärger über die DDR	43
5 - 6	<u>Griechenland - das Volk muß schweigen</u> Ein Orakel gesucht Von Dr. Basil Mathiopoulos	39

***** Zur Beachtung *****

Unsere neue Anschrift lautet:

SPD-PRESSEDIENST GmbH

53 Bonn 9, Heussallee 2-10

Postfach I, Zimmer 217

Telefon 22 80 37/38

BRÜSSEL

Schatten über Europa

sp- Das Ergebnis von Brüssel ist nicht überraschend, wird aber trotzdem in den meisten europäischen Staaten - auch in denen, die nicht der EWG angehören - als ein bedenkliches Zeichen für die weitere Entwicklung der europäischen Politik betrachtet werden. Frankreichs Einspruch gegen den Eintritt Großbritanniens zur EWG eröffnet jetzt eine Phase der Unsicherheit auf den meisten Gebieten der europäischen Zusammenarbeit. Es ist nur gut, daß sich der Ministerrat in Brüssel mit der Stimme Frankreichs wenigstens nicht grundsätzlich gegen die Aufnahme neuer Mitglieder ausgesprochen hat, sondern - im Blick auf England - die Formulierung "zur Zeit noch nicht" wählte. Die Briten haben sich in dieser Situation wieder einmal als unbeirrbarer Verfechter einer Absicht erwiesen, die sie nun schon seit geraumer Zeit als richtig erkannt haben: Sie halten ihren Beitrittsantrag zur EWG aufrecht. Niemand hätte es ihnen verübelt, wenn sie sich nach der ableisenden Haltung de Gaulles anders verhalten haben würden. - Nun werden die fünf Befürworter des Beitritts Englands zur EWG in bilateralen und multilateralen Verhandlungen zu ergründen versuchen, welche Voraussetzungen erforderlich sind, um den Widerstand Frankreichs gegen den Beitritt Englands zur EWG aufzuheben. Das wird ein schwieriges Werk sein, denn Europa braucht Frankreich ebenso wie Großbritannien.

Ein beachtlicher Erfolg

Wischniewski entrümpelt die Entwicklungshilfe

sp- Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hans-Jürgen Wischniewski, hat in dem einen Jahr seiner Tätigkeit geschafft, was andere vor ihm nur mit Mühe als "zukünftige Aufgabe" gelegentlich in Form einer Zielpolitik erläutern durften: Wischniewski hat die technische Hilfe der Bundesrepublik für mehr als achtzig Entwicklungsländer untersuchen lassen und Projekte im Wert von etwa 128 Millionen DM gestrichen oder verändert. Das ist eine beachtliche Leistung, wenn man bedenkt, daß Wischniewskis Vorgänger noch vor zwei Jahren wegen der sich häufig überschneidenden Ressortkompetenzen nicht einmal sagen konnte, ob unsere Entwicklungshilfe überall sinnvoll eingesetzt wird. Dabei will Wischniewski die Entwicklungshilfe nicht etwa nach der Methode 08/15 verringern oder streichen. Er hat das Prinzip in die Praxis umgesetzt, daß Entwicklungshilfe und besonders technische Hilfe-maßnahmen sowie Kapitalinvestitionen nur dort eingesetzt werden, wo sie sowohl für den Empfänger als auch für den Gebenden von einem errechenbaren und dauerhaften Nutzen sind. Politische Gefälligkeitsgaben werden in Zukunft ausgeschlossen sein. - Wir sind sicher, daß auch die Empfängerländer auf die Dauer diese Methode der Entwicklungshilfe mehr schätzen werden, als jene, bei der man früher mitunter nicht sagen konnte, ob sie wirklich ihren Zweck erfüllt.

Die Sicherheit in unserem Luftraum

Bessere Schutzmaßnahmen erforderlich

Von Hans Iven, MdB

Anfang nächsten Jahres wird der Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages sich intensiv mit der Frage der Sicherheit im Luftverkehr und den Problemen der Flugsicherung beschäftigen. Es wird darauf ankommen, sich Gedanken darüber zu machen, wie Organisation und technische Ausstattung den ständig steigenden Luftverkehr meistern können.

In diesen Tagen wurde der erste Prototyp eines europäischen Überschallpassagierflugzeuges aus der Halle geschoben. Es muß also davon ausgegangen werden, daß der ohnehin sehr enge Luftraum in Zukunft auch diesen Verkehr verkraften muß, welcher höchste Anforderungen an das Personal, die Organisation und die Technik stellen wird. Im Lichte der zukünftigen Aufgaben und der jetzt vorhandenen Unzulänglichkeiten scheint es dringend geboten, in unserem Lande alle Einrichtungen und das gesamte Personal, welches mit Flugsicherung befaßt ist, unter einer zentralen Bundeszuständigkeit zusammenzufassen. Das bedeutet: den zivilen und militärischen Teil völlig ineinander aufgehen zu lassen. Es ist sicher zu erwägen, ob man die Anflugbereiche unserer militärischen Flugplätze von diesem Vorhaben ausschließen soll.

Nach den Beschlüssen der ICAO sind wir verpflichtet, als technisches Hilfsmittel für die Navigation das sogenannte VOR-System zu verwenden. Da dieses System den Anforderungen schon des jetzigen Luftverkehrs nicht hinreichend gerecht wird, muß geprüft werden, ob wir für unseren Luftverkehr nicht ein wesentlich besseres vorhandenes und erprobtes Navigationssystem englischer Herkunft zusätzlich für die kommerzielle wie für die militärische Fliegerei einführen sollten.

Für den nördlichen Teil unseres Landes ist eine entsprechende bodenseitige Ausrüstung schon vorhanden. Mit relativ geringem Kostenaufwand könnte die gesamte Bundesrepublik mit einer Senderkette ausgestattet werden, die uns eine wesentlich höhere Sicherheit bei der Planung, Organisation und Durchführung unseres Luftverkehrs gewährleisten würde. An einem Beispiel kann sehr gut verdeutlicht werden,

welcher Effekt zu erzielen ist. Man könnte z. B. unter Zuhilfenahme dieses Navigationssystem den Verkehr von und nach Berlin, der ja bekanntlich in Seite und Höhe beschränkt ist, verdreifachen.

Die Flugunfalluntersuchungsmethode, wie sie in unserem Lande praktiziert wird, muß auch neu überdacht werden. Es muß obligatorisch gefordert werden, daß alle Flugzeuge, die kommerziell eingesetzt sind, mit einem Flugdatenschreiber ausgestattet werden. Er ist das wichtigste Hilfsmittel, objektiv Unfallursachen zu ermitteln. Denn nur durch einwandfreies Erkennen von Unfallursachen ist es möglich, künftige Katastrophen zu verhindern. Flugunfalluntersuchungen müssen so geführt werden, daß höchste Objektivität erreicht werden kann wobei Firmeninteressen oder staatliches Prestige absolut auszuschließen sind. Der Untersuchungsbericht über den Bremer Unfall beantwortet z.B. nicht alle Fragen. Wenn die Berichterstatter zu einem bestimmten Ergebnis im Hinblick auf die theoretische Unfallursache gekommen sind und andere an der Unfalluntersuchung beteiligte Personen und Institutionen sich der Auffassung der Berichterstatter nicht anschließen konnten, so muß die Minoritätsmeinung im Gericht gebührend zum Ausdruck kommen, denn es steht nun einmal sehr viel gegen die Auffassung, wie sie im Bericht niedergelegt ist.

Die Unfalluntersuchung und Identifizierung des tragischen Geschehens in Xicosia, bei dem viele deutsche Bürger ums Leben gekommen sind, ist eine Ungeheuerlichkeit. Nicht nur, daß Hinterbliebene der Verunglückten versicherungsmäßig in größte Schwierigkeiten kommen, weil die meisten der Opfer einfach nicht identifiziert worden sind und somit nach unseren Rechtsbegriffen als verschollen gelten, sondern auch die Frage nach der Unfallursache ist äußerst dilettantisch behandelt worden.

Die Sicherheitsrate in unserem Luftverkehr in allen Disziplinen ist relativ hoch. Es ist aber zwingend erforderlich, alle Mittel und Möglichkeiten auszuschöpfen, die geeignet sind, diese Sicherheitsrate noch zu steigern. Der Luftverkehr insgesamt wird auch in unseren Lande mit einer noch nicht genau voraussehbaren Schnelligkeit weiter ansteigen. Deshalb sind alle Verantwortlichen aufgefordert, sich schon jetzt in dieser Frage auf die Kapazitäten der siebziger Jahre einzustellen.

Staatlich forciertes Piratentum

Skandinavischer Ärger über die DDR

nn.-Der illegale Staatsschmuggel nach Norden hat der ostberliner Regierung in Dänemark, Schweden und auch Finnland, einen großen Prestigetrübschlag gebracht. Daran hat auch die Tatsache nichts geändert, daß der ostdeutsche Minister für Außen- und Innerdeutschen Handel, Julius Balkow durch das SED-Politbüro in Ostberlin in die Wüste geschickt worden ist. Mit einem Wort: Für die Skandinavier ist die DDR als Handelspartner ziemlich unglaubwürdig geworden.

Die Stockholmer Staatsanwaltschaft gab bekannt, daß in den zurückliegenden Monaten allein für 27 Mio Mark 96prozentiger Alkohol mit der Billigung höchster Stellen in der DDR nach Schweden, Dänemark und Finnland geschmuggelt worden sind. Das sei offenbar geschehen, um die ostberliner Staatskasse mit harten Devisen anzufüllen.

Was sich in den letzten Monaten in der Ostsee ereignet hat, war eine Art staatlich forciertes Piratentum, hinter dem Balkow und seine Leute gestanden haben dürften. Vor allen Dingen die Seepolizei Dänemarks und Schwedens machten Nacht für Nacht Jagd auf Schmuggelboote, die in den mitteldeutschen Häfen beheimatet waren und zum Teil auch polnische Häfen als Absprungbasis benutzten.

So verfügten die ostdeutschen Schmuggler über ein schnelles Motorboot, das fast 100 Stundenkilometer machte. Groß im Handel waren neben dem in Skandinavien begehrten Whisky auch Millionen unverzollter und unverschuerter Zigaretten, die alle aus Mitteldeutschland kamen. So holte die dänische Zollfahndung im August auf Bornholm aus einem Fährschiff zwei Lieferwagen, die 650.000 Zigaretten geladen hatten. Kurz zuvor war vor der dänischen Kreideinsel Moen ein aus der Ostzone gekommenes Motorboot gestrandet, dessen Ladung aus 390.000 Zigaretten bestand.

In Lübeck wurde vor einigen Tagen ein Wiener Kraftfahrer abgeurteilt, der 25.000 Liter Atayl-Alkohol von Österreich über die Tschechoslowakei und Sowjetzone nach Schweden schmuggeln wollte. Die finnische Polizei beschlagnahmte vor einigen Tagen 20.000 Flaschen Schnaps, die aus Mitteldeutschland hereingeschmuggelt waren.

Erhebliches Aufsehen hat in Skandinavien auch die Aussage eines Schmugglers vor einem schwedischen Gericht erregt. Er behauptete, die Sicherheitspolizei der DDR dirigiere und kontrolliere die Einkäufe der Schmuggler und habe über alle am mitteldeutschen Staatsschmuggel beteiligten Personen Karteikarten angelegt. Es ist somit auch nicht auszuschließen, daß die Schmuggler mit Ausspäraufträgen der DDR versehen waren. Die Leiter der Schmuggelbanden konnten aber bislang regelmäßig über die Ostsee nach Mitteldeutschland fliehen.

Griechenland - das Volk muß schweigen

Ein Orakel gesucht

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Die neue Phase der griechischen Tragödie, die seit dem 13. Dezember der Weltöffentlichkeit einen ungeschminkten Einblick hinter die innenpolitischen Kulissen eines NATO-Mitgliedes gewährt, scheint vorläufig noch in einem ungewissen Schwebезustand zu bleiben. Zumindest gibt es nach dem dilettantischen Versuch des Königs, sich gegenüber den militärischen Machthabern zu behaupten, kein übercilttes und operettenhaftes Happy-End. Eine Rückkehr Konstantins unter den ihm gestellten Bedingungen hätte nicht nur die Frage der Legalität zu einer Farce degradiert.

Den Unterhändlern der Junta - Großreeher Niarchos, Außenminister Pipinellis und dem Primas von Athen, Hieronymos - ist es nicht gelungen, einen Kompromiß zwischen den Bedingungen der Junta und den Forderungen des Königs herbeizuführen. Konstantin ist offensichtlich nicht bereit, sich für alle Zukunft in eine bloß repräsentative Rolle abdrängen zu lassen. Am 18. Dezember traf der ehemalige Hofbeamte Potamianos, ein enger Vertrauter des verstorbenen Königs Paul, in Rom ein. Er wird kaum neue Vorschläge von der Kathonsitzung der Junta am Sonntag in seinem Reisegepäck mitgebracht haben. Von ihrem Standpunkt aus gesehen muß die Militärregierung ein Interesse daran haben, die gegenwärtige Interimszeit als vorläufigen "Status quo" beizubehalten, denn sie möchte ganz offensichtlich dem König den "schwarzen Peter" zuspielen.

Ob die neue Trumpfkarte, die sogenannte neue Verfassung, die der Regierung am 23. Dezember vorgelegt werden und möglichst schnell als Grundlage für ein Plebiszit dienen soll, nur ein Bluff gegenüber der alliierten Diplomatie ist oder wirklich eine reelle Chance bedeutet, den König auf angeblich "legale" Weise auszustechen, bleibt abzuwarten. Jedenfalls wird sich Papadopoulos kaum davon abbringen lassen, den Verbündeten diese Komödie vorzuspielen und sie als Druckmittel gegenüber dem König zu benutzen. Der Ausgang einer angekündigten Volksbefragung ist, nach den bisherigen Erfahrungen mit "spontanen Willensbekundungen" in diktatorischen Systemen, leicht vorauszusagen: die Junta wird sich mit einer 95 %-igen Zustimmung brüsten können!

Das Schwergewicht der Fragestellung liegt zu sehr auf der Rückkehr des Königs, wobei übersehen wird, daß es grundsätzlich um die Freiheit und die Rechte des Volkes geht. Am 21. April wurden die Griechen mit einer "nationalen Revolution" der Obristen beglückt, weil die Nation vor den Kommunisten "gerettet" worden sollte. Einige der wichtigsten Parteigänger der Junta, Ex-generalstaatsanwalt Kollias und Ministerpräsident der Militärregierung und der Generalstabschef Spanditakis drehten sich nun unerwartet um 360 Grad, wieder um die Nation zu "retten", diesmal an der Seite des Königs vor den Obristen. In keinem Fall wurde das Volk um seine Meinung gefragt. Die von ihm gewählten Vertreter wurden von der Junta mißhandelt, verhaftet und in Schauprozessen

verurteilt - und von dem König negiert. Konstantin glaubte bei seinem Gegenputsch ohne die Hilfe der demokratischen Widerstandsorganisationen auskommen zu können, und als Regierungschef war mit Garoufalias ein Mann im Gespräch, über den 1965 Papandreu stolperte, obwohl er 53 Prozent der Parlamentsmehrheit besaß.
Müssen sich die Griechen nicht fragen: Geht es jetzt um die Erhaltung der Krone für den König oder um die Wiederherstellung der demokratischen Freiheit für das Volk?

Trotz aller Winkelzüge des neuen Ministerpräsidenten Oberst Papadopoulos ist seit dem 13. Dezember eine Frage endgültig geklärt: In Griechenland gibt es nur eine Macht, die der Militärdiktatoren. Ob sie so stark ist, wie sie sich gebärdet, ist fraglich, denn während das Tauziehen um die Rückkehr des Königs das Interesse der Weltöffentlichkeit weitgehend fesselt, wurde der Rest jener Politiker, die sich noch oder wieder einer relativen Bewegungsfreiheit erfreuten, verhaftet. Aus den Kreisen der Zentrumunion sind der auch in der Bundesrepublik bekannte ehemalige Koordinationsminister G. Marvos und der Kultusminister im Kabinett Papandreu, G. Mylonas, zu nennen. Aus den Reihen der konservativen ERE hat man natürlich Kanellopoulos wieder unter Hausarrest gestellt und jetzt sogar den Koordinationsminister aus dem Kabinett Karamanlis, Papaligouras, inhaftiert. Als Vorbeugungsmaßnahme muß die vorzeitige Pensionierung von Generalstabschef Spanditakis und siebzehn weiteren Generälen gewertet werden. Weiter wurde bekannt, daß nicht nur 800 (eintausend-acht-hundert) Offiziere der verschiedensten Waffengattungen verhaftet wurden sondern daß sich vor allem auch wichtige Offiziere der Luftwaffe und der Marine weigern, weiterhin mit der Junta zusammenzuarbeiten.

An diesen Fakten kann kein Politiker, der vielleicht aus strategischen Gründen und diplomatischen Erwägungen bereit gewesen wäre, der Junta eine Chance einzuräumen, vorbeischn. Auf der NATO-Tagung in Brüssel, die während des königlichen Gegenputsches zu Ende ging, wurde es offenkundig, welche Belastung die derzeitigen Verhältnisse in Griechenland für die westliche Allianz bedeuten. In Washington und den übrigen Hauptstädten, wo man aus der Einschätzung der Militärdiktatur keinen Kohl macht, wird man abwägen müssen, ob man sich um der äußeren Geschlossenheit des Verteidigungsverbündnisses willen Zugeständnisse abhandeln läßt, denen kein realer Gegenwert entspricht. Die offensichtlichen Risse innerhalb der griechischen Streitkräfte müssen, was die Zuverlässigkeit dieses Partners betrifft, mehr als skeptisch stimmen.